



Familien und Wirtschaft stützen

Im Rahmen der Vernehmlassung um die Finanzierung von Kindertagesstätten flammt die Diskussion um eine Art Erziehungsgeld für Familien neu auf. Eine Diskussion, die bereits vor acht Jahren geführt wurde – ohne Erfolg.

→ «Wenn Kindertagesstätten mehr Geld vom Staat bekommen, dann müssten eigentlich alle Familien mehr Geld vom Staat bekommen», so die Forderung, die in einigen Leserbriefen in den vergangenen Wochen angetönt wurde. Die Erziehung zu Hause müsste eine grössere Wertschätzung erhalten und generell müssten Familien besser unterstützt werden.

Familiengeld in der Kritik

Erziehungsgeld, Betreuungsgeld, Babygeld oder Familiengeld, wie diese Art der Familienunterstützung auch genannt wird, musste in Liechtenstein auch schon als Wahlschlager herhalten. 2008 stellte beispielsweise

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ein Massnahmenpaket vor, das ein sogenanntes Familiengeld für alle Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr vorgesehen hätte. 600 Franken monatlich hätte an alle Kinder ausbezahlt werden sollen – unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern. In den folgenden Monaten wurde das Familiengeld regelrecht «verrissen». Vor allem, dass das Geld im Giesskannenprinzip verteilt werden sollte, stiess auf wenig Gegenliebe. Vor acht Jahren schienen die finanziellen Aussichten des Landes noch gut zu sein, aber schon damals fragten viele Politiker, wie für das Familiengeld acht Millionen Franken jährlich aufgebracht werden könnten.

Auch wirtschaftlich von Nutzen

Das Thema war ein gutes halbes Jahr später vom Tisch. Nicht nur aus finanziellen Gründen. Erfahrungen aus anderen Ländern wie beispielsweise aus Österreich zeigten, dass Kindergeld allein die Zahl der Geburten nicht zu steigern vermochte. Verschiedene Studien zeigten vielmehr, dass Staaten, die weniger Kindergeld zahlen und dafür mehr Geld in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen, investieren, auch eine höhere Geburtenrate aufweisen.

Jedes Familienmodell fördern

In der aktuellen Diskussion verweist Regierungsrat Mauro Pedraz-

zini ebenfalls darauf, dass ein Betreuungsgeld für alle Familien schlichtweg zu teuer wäre. Auch in der Interpellationsbeantwortung zum Thema Familien vom vergangenen Jahr wird erklärt, warum die Einführung eines «Erziehungsgeldes» keinen Sinn macht. Die Kosten wären mit 98 Millionen Franken eindeutig zu hoch und könnten nur über Steuererhöhungen finanziert werden. Generell erklärte die Regierung in dieser Interpellation, dass kein Familienmodell speziell gefördert bzw. benachteiligt wird. Vielmehr werden Familien «heute trotz des Spardrucks auf den Staatshaushalt umfassend gefördert».